



CSP.
Faire Politik

Parlamentarischer Vorstoss GGR

Eingang : 9. AUGUST 2013.....

Bekanntgabe im GGR : 10. SEPT. 2013

Überweisung im GGR : 10. SEPT. 2013

Zug, 8. August. 2013

Büro des Grossen Gemeinderates
der Stadt Zug
c/o Stadtkanzlei
Stadthaus
6300 Zug

Motion: Eindämmung der Interpellationsflut durch die Einführung einer parlamentarischen Fragestunde.

1. Das Büro des GGR wird beauftragt, drei bis viermal jährlich eine parlamentarische Fragestunde anzusetzen. Die Daten werden jeweils mit dem Sitzungsplan bekannt gegeben.
2. Die Fragen können von einzelnen Mitgliedern des GGR oder von den Fraktionen gestellt werden.
3. Sie sind bis spätestens eine Woche vor der parlamentarischen Fragestunde bei der Stadtkanzlei einzureichen.
4. Die Fragen werden von der zuständigen Departementsvorsteherin oder dem zuständigen Departementsvorsteher mündlich und ohne anschliessende Diskussion beantwortet.

Begründung:

Wir erleben in den letzten Jahren eine Flut von Interpellationen, also Fragen an den Stadtrat.

- Diese wurden früher vom Stadtrat in der Regel mündlich beantwortet. Unterdessen hat sich eingebürgert, dass fast für jede Interpellation schriftliche Beantwortung verlangt wird.
- Das beansprucht die Verwaltung und ist mit nicht unterschätzbaren Kosten verbunden. Die Verwaltung hat drei Monate Zeit, die Fragen zu beantworten. Oft werden bei voller Traktandenliste Interpellationsbeantwortungen ein- oder

mehrmals auf spätere Sitzungen des GGR verschoben, so dass das Interpellationsthema zum Zeitpunkt der Diskussion im Rat nicht mehr aktuell ist.

Mit dieser Fragestunde wären die Antworten da, wenn die Frage noch brennt.

- Oft werden einfache Fragen bei Interpellationen gestellt, die mit einem Anruf an den Stadtrat oder die Verwaltung beantwortet werden könnten. Indem die Fragen aber über eine Interpellation gestellt werden, bekommen sie Öffentlichkeitscharakter und werden in der Presse diskutiert. Die Liste der Themen für die parlamentarische Fragestunde würde die Presse auch erreichen, und mit der Beantwortung im GGR wäre der Öffentlichkeitscharakter der Fragen gewährleistet.

Im Namen der Fraktion Alternative/CSP


Monika Mathers-Schregenberger